

Informal Empire

KONTINUITÄTEN DEUTSCHER GROSSMACHTPOLITIK IN OSTEUROPA

Schon wenige Jahre nach der durch den Krieg mit Frankreich gewaltsam durchgesetzten Nationalstaatsbildung begann der deutsche Griff nach Ost- und Südosteuropa. Nachdem serbische, montenigrinische, bosnische und bulgarische Aufständische mit Unterstützung Russlands von 1875–1878 einen erfolgreichen Krieg gegen die Kolonialmacht des Osmanischen Reiches geführt hatten, beriefen die damaligen Großmächte Österreich-Ungarn, das Deutsche Reich, Frankreich und Großbritannien unter der Führung Bismarcks eine Konferenz in Berlin ein. Sie wollten nicht zulassen, dass die Grenzen in Südosteuropa ohne ihren Einfluss neu gezogen würden. Die gesamte Bevölkerung Südosteuropas hatte auf der Konferenz, wie zu erwarten, kein Stimmrecht. Bismarck spielte sich auf der Konferenz für die Öffentlichkeit wie sein späterer Mächtiger-Nachfolger Joschka Fischer als unparteiischer Schiedsrichter auf, während er tatsächlich und buchstäblich die Weichen für die schon von den »Paulskirchenrevolutionären« 1848 angestrebte deutsche Vormachtstellung in Osteuropa stellte. Am Ende des Berliner Kongresses wurden Serbien, Montenegro, Rumänien und Bulgarien in die formelle Unabhängigkeit entlassen, während Österreich-Ungarn Bosnien zu seinem »befristeten« Militärprotektorat machen durfte. Faktisch gerieten auch die neuen formell unabhängigen Staaten Südosteuropas von Beginn an in enge Abhängigkeit zu Österreich-Ungarn und dem Deutschen Reich. Denn ihre Regierungen mussten sich in Berlin verpflichten, alle Schulden für den unter deutscher und österreichischer Führung begonnenen Eisenbahnbau durch ihr Gebiet zu begleichen und diesen Eisenbahnbau auch weiter zu finanzieren. Allein für die Begleichung der Schulden waren mehrere Jahrzehnte vorgesehen. Nachdem Eisenbahnlinien nach Rumänien bereits gelegt worden waren, vollendeten deutsche und österreichische Unternehmen unter geschäftlicher Leitung der Deutschen Bank bis 1890 eine Eisenbahnstrecke von Berlin über Wien, Belgrad und Sofia nach Konstantinopel (dem heutigen Istanbul). Diese

Eisenbahnlinien bildeten, wie bereits in den 1840er Jahren vom »Vater der deutschen Nationalökonomie« Friedrich List gefordert, die Hauptschlagadern der ökonomischen Eroberung und Durchdringung Ost- und Südosteuropas durch das deutsche Kapital. Die Strecke von Berlin bis Istanbul sollte dann in den 1890er Jahren durch vertragliche Abmachung mit dem Sultan bis nach Bagdad und Basra am Persischen Golf fortgeführt werden, um eine ökonomische Anbindung Südosteuropas und des Nahen Ostens an das Deutsche Reich zu garantieren.

Ab 1890 gründeten sich zur Propagierung und Unterstützung der deutschen Osteuropa-Expansion mehrere Lobbyorganisationen. Dabei kristallisierten sich zwei unterschiedliche, zeitweise miteinander konkurrierende, zeitweise kooperierende Strategien zur Durchsetzung deutscher Expansionsansprüche in Osteuropa heraus, die grundlegend für die deutsche Aussenpolitik bis 1945 wurden. Einerseits trat die Konzeption eines durch langfristige Zollvereinbarungen vereinheitlichten Wirtschaftsimperiums in der politischen Form eines lockeren Staatenbundes unter deutscher Führung in den Vordergrund der publizistischen Diskussion. Osteuropa wurde dabei als wirtschaftlicher »Ergänzungsraum« eines engen Zollbündnisses zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn betrachtet. Diese Konzeption fand einen ersten Ausdruck in der Zollpolitik des Bismarck-Nachfolgers Caprivi. Auf der anderen Seite bildete sich die pangermanistische Strategie der Alldeutschen heraus, die die nationalstaatliche Zusammenfassung des gesamten »deutschen Volkstums« in Zentral-, Ost- und Südosteuropa, d.h. die Durchsetzung eines »Großdeutschland« als Basis deutscher Herrschaft in Osteuropa und in überseeischen Kolonien, anstrebten. Beide Fraktionen umschrieben ihr Ziel mit der Parole »Mitteleuropa«. Den größten Einfluss sicherten sich dabei der Alldeutsche Verband und der Mitteleuropäische Wirtschaftsverein. Im Alldeutschen Verband versammelten sich offen völkisch und rassistisch argumentierende Kreise, die die direkte und gewaltsame Annexion aller europäischen

Gebiete forderten, in denen »deutsche Minderheiten« lebten, d.h. des französischen Elsass-Lothringens sowie von Teilen Belgiens, Polens, Tschechiens, Rumäniens und Jugoslawiens. Finanzielle Unterstützung erhielt der Alldeutsche Verband, der ohne Zweifel als Vorläuferorganisation der NSDAP tituiert werden kann, vor allem von Unternehmen der Schwerindustrie, die sich durch deutsche Annexionen in den genannten Gebieten West- und Osteuropas einen direkten Zugriff auf strategisch wichtige Rohstoffe versprochen.

Im 1904 gegründeten Mitteleuropäischen Wirtschaftsverein versammelten sich dagegen vor allem Vertreter der neuindustriellen Konzerne aus der Elektro-, Chemie- und Exportbranche (z. B. Siemens, AEG, Bayer, BASF) und der mit ihnen verbundenen Banken, die aufgrund ihrer sich in südöstlicher Richtung konzentrierenden Investitions- und Kapitalanlagepolitik in Österreich-Ungarn, Serbien, Rumänien, Bulgarien und dem Osmanischen Reich sowie ihrer Beteiligung am Bagdadbahnprojekt an einer Absicherung und Verbesserung ihrer Profitmöglichkeiten interessiert waren. Die neuindustriellen Wirtschaftszweige und Banken strebten nach einer deutschen Vormachtstellung auf dem Weltmarkt und nach Erweiterung ihrer Absatzgebiete. Die Mittel zur Durchsetzung ihrer Ziele sahen sie weniger in direkter Annexionspolitik, als vielmehr in indirekten Herrschafts- und Unterwerfungsmethoden wie günstigen Handelsverträgen, einer langfristigen Anbindung von Staaten durch Kapitalanleihen und der Etablierung von Freihandelszonen auf der Grundlage von Zollbündnissen. Zusammen mit der Deutschen Bank setzten sie auf den (von der britischen Seeüberlegenheit ungefährdeten) deutschen Landweg zum Erdöl und zu anderen strategischen Rohstoffen, die Linie längs der Donau zum Schwarzen Meer (ans rumänische Erdöl) und von da aus zum Persischen Golf. Der Plan, Österreich-Ungarn und die Staaten Südosteuropas in einen »mitteleuropäischen Wirtschaftsverband« unter deutscher Führung einzubinden, stand im engen Zusammenhang mit diesen Expansionsbestrebungen. Er sollte u. a. als Brücke des deutschen Handels in den Nahen Osten dienen. Mit organisatorischer und finanzieller Unterstützung der Chemie- und Elektrokonzerne und der Deutschen Bank wurden Konzepte für einen »mitteleuropäischen Wirtschaftsblock« von Wissenschaftlern, Politikern und Publizisten ausgearbeitet und in die öffentliche Diskussion gebracht.

Die Initiative zur Gründung des Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereins ergriff der Nationalökonom und Breslauer Professor Julius Wolf. Mit der Parole von den »Vereinigten Staaten von Europa« und vom »Europäischen Zollverein« agitierte er gegen die »amerikanische Gefahr«. Als ersten Schritt auf dem Weg zu diesem Ziel propagierte er die Bildung eines Zusammenschlusses »Vereinigte Staaten von Mitteleuropa«, dessen Grundlagen er in einer gemeinsamen Zollpolitik der Staaten Zentral- und Osteuropas sah.¹

Der Mitteleuropäische Wirtschaftsverein lässt sich somit als Keimzelle der heutigen Europäischen Union unter deutscher Führung bezeichnen. Während das Projekt eines von Deutschland gelenkten zollfreien europäischen Wirtschaftsraumes noch auf sich warten ließ, gelang es dem Deutschen Reich bis 1912 nicht zuletzt durch das Bagdadbahnprojekt und vor dem Hintergrund der hohen

Verschuldung des Osmanischen Reiches zur führenden Wirtschaftsmacht in Ost- und Südosteuropa zu werden. Doch durch den ersten Balkankrieg von 1912 kam es zu einem Rückschlag hinsichtlich der deutschen Expansionsbestrebungen. Am 13. März 1912 gründeten Serbien und Bulgarien unter Mitwirkung Russlands einen »Balkanbund«, dem sich wenig später auch Griechenland und Montenegro anschlossen. Der Bund richtete sich primär gegen das Osmanische Reich und zielte auf eine Befreiung der noch unter osmanischer Herrschaft stehenden Gebiete in Südosteuropa. Am 17. Oktober 1912 eröffneten die Staaten des Balkanbundes den Krieg gegen das Osmanische Reich. In wenigen Wochen war die osmanische Armee besiegt. Sie verlor die Kontrolle über Mazedonien, Thrakien, das Kosovo und Albanien.

Ein deutsches »Mitteleuropa« von Berlin bis Bagdad

Nach der Niederlage des Osmanischen Reiches rückte die deutsche Regierung von ihrer offiziellen Position der lediglich mittelbaren Beteiligung ab. Kanzler Bethmann Hollweg erklärte am 2. Dezember 1912, das Deutsche Reich fühle sich berechtigt, »an der Neuregelung der Dinge, die die Folge des Krieges sein wird, mitzuwirken, denn an der künftigen Gestaltung der ökonomischen Dinge am Balkan sind wir sehr wesentlich interessiert.«²

Die Partner des Balkanbundes sahen als Ergebnis des Krieges die Bildung eines größeren bulgarischen Staates und die Ausweitung des serbischen Gebietes auf das Kosovo und Albanien vor. Damit hätten Serbien und sein Bündnispartner Russland erstmals einen Zugang zum Mittelmeer und damit eine Chance auf eine eigenständige Handelspolitik erhalten. Doch neue Grenzziehungen in Südosteuropa ohne ihre Mitwirkung ließen die Großmächte, vor allem nach Protesten der deutschen und österreichischen Regierung, wie schon 1878 nicht zu. Auf der Londoner Konferenz im Dezember 1912 fassten sie den Beschluss zur Gründung des albanischen Staates, durch den der serbisch-russische Adriazugang zunichte gemacht wurde. Als kleines Zugeständnis erhielt Serbien das Kosovo zugesprochen. Großbritannien und Frankreich ging es dabei vor allem um die Verhinderung eines Krieges des Deutschen Reiches und Österreich-Ungarns gegen Russland. Doch trotz der Beschlüsse von London fielen in Berlin und Wien bereits zu diesem Zeitpunkt die Würfel für den Ersten Weltkrieg. Die deutsche Regierung fühlte sich durch die Bestrebungen der jetzt selbstbewussteren Regierung in Belgrad, alle Eisenbahnlinien auf serbischem Gebiet zu verstaatlichen, massiv in ihren Wirtschaftsplänen gestört. In Berlin wurde dies als »serbischer Riegel« bezeichnet, der das Bagdadbahnprojekt und damit die gesamte deutsche Expansion nach Südosteuropa und den Nahen Osten blockiere. Die Stimmung spiegelt sich in der vielbeachteten Schrift *Berlin-Bagdad. Neue Ziele mitteleuropäischer Politik* wider, die der Geschäftsführer des Alldeutschen Verbandes Ritter 1913 unter dem Pseudonym von Winterstetten veröffentlichte. Er forderte, dem »Panslawismus« Südosteuropa und damit »den Schlüssel zum Orient wieder zu entwenden. Rumänien, Bulgarien und die Türkei könnten wieder gewonnen und damit der Weg nach Bagdad zur Weltgeltung des deutschen Volkes als Führerin [...] Mitteleuropas wieder erobert werden.«³

ANMERKUNGEN

¹ Julius Wolf, Das Deutsche Reich und der Weltmarkt, Jena 1901, 48.

² Zit. nach Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871-1914, Bd. 33, Nr. 12474, Sammlung der Diplomatischen Akte des Auswärtigen Amtes, Johannes Lepsius/Albrecht Mendelssohn-Bartholdy/Friedrich Thimme (Hrsg.), 40 Bde., Berlin 1922-1927.

³ K.v. Winterstetten, Berlin-Bagdad. Neue Ziele mitteleuropäischer Politik, 12. Auflage, München 1915, 47.

Der Reichstag beschloss die Aufrüstung für den Krieg gegen Serbien und Russland und Kanzler und Kaiser gaben die interne Parole aus, es müsse nur noch auf eine »serbische Provokation« gewartet werden. Dass dieses Warten durch aktive Reizung Serbiens durchaus verkürzt werden könne, schrieb der Kaiser schon im Dezember 1912 an den Regierungschef: »Es wird hier ein großer Werth auf Provokation gelegt. Eine solche läßt sich bei einigermaßen geschickter Diplomatie und geschickt geleiteter Presse stets construieren.«⁴

Die gewünschte Provokation fand sich mit dem Attentat auf den österreichischen Thronfolger im Juli 1914 in Sarajevo. Der angestrebte Krieg gegen Serbien und Russland konnte beginnen. Das Brechen des »serbischen Riegels« bildete die Grundvoraussetzung für die Realisierung der übrigen deutschen Kriegsziele, die Kanzler Bethmann-Hollweg seinem Kabinett und den Verbänden der deutschen Industrie im Septemberprogramm von 1914 unter strenger Geheimhaltung erläuterte: »Das allgemeine Ziel des Krieges: Sicherung des Deutschen Reichs nach West und Ost auf erdenkliche Zeit. Zu diesem Zweck muß Frankreich so geschwächt werden, daß es als Großmacht nicht neu erstehen kann. Russland von der deutschen Grenze nach Möglichkeit abgedrängt und seine Herrschaft über die nichtrussischen Vasallenvölker gebrochen werden. [...] Es ist zu erreichen die Gründung eines mitteleuropäischen Wirtschaftsverbandes [...]. Dieser Verband, wohl ohne gemeinsame konstitutionelle Spitze unter äußerlicher Gleichberechtigung seiner Mitglieder, aber tatsächlich unter deutscher Führung, muß die wirtschaftliche Vorherrschaft Deutschlands über Mitteleuropa stabilisieren.«⁵

Damit wandte sich der Kanzler gegen die vom Alldeutschen Verband und von der Schwerindustrie propagierte direkte Annexion von Gebieten in West- und Osteuropa und entschied sich für die bis heute modernere Variante deutscher Expansion in Osteuropa. Einer der engsten

über das Baltikum, die Ukraine, Finnland und Polen. Damit hatte die deutsche Regierung ihr Ziel einer Zersplitterung des russischen Reiches und einer Abdrängung Russlands in Richtung Asien erreicht und die deutsche Hegemonie in Osteuropa erzwungen. Bereits mit der militärischen Unterwerfung Serbiens Ende 1915 war der großdeutsche Wirtschaftsraum Berlin-Bagdad gewaltsam durchgesetzt. Doch die Oberste Heeresleitung unter Hindenburg und Ludendorff, die eng mit der Schwerindustrie kooperierte, drängte auf Fortsetzung des Zweifronten-Krieges in West- und Osteuropa und auf Annexion Elsass-Lothringens. Der daraufhin erfolgte Kriegseintritt der USA und die mit seiner Hilfe herbeigeführte deutsche Kapitulation Ende 1918, ließ Osteuropa noch einmal der völligen wirtschaftlichen und politischen Abhängigkeit vom Deutschen Reich entgehen.

Nach dem Ersten Weltkrieg waren die Regierungen der siegreichen Staaten darauf bedacht, die deutsche Expansion nach Osteuropa langfristig zu stoppen. Die gründliche Zerschlagung des vom Deutschen Reich beherrschten Großraums Berlin-Bagdad war vielleicht das einschneidende Ergebnis des Krieges. Mit der Auflösung des Habsburger und des Osmanischen Reiches verschwanden die beiden großen, vom Deutschen Reich abhängigen Bündnispartner. Mit der Gründung der Staaten Tschechoslowakei und Jugoslawien wurden dem deutschen Expansionismus bewusst Barrieren gesetzt. Die jugoslawische Delegation ließ sich bei den Friedensverhandlungen u.a. von dem Grundsatz leiten, dass der neue Staat zu einem Bollwerk gegen den »deutschen Drang nach Osten« werden müsse. Ein großer und starker jugoslawischer Staat sei notwendig, da die definitive Auseinandersetzung mit dem Deutschen Reich erst noch bevorstehe.⁷ Gleiches galt für die Tschechoslowakei. Ihr späterer Staatspräsident Thomas G. Masaryk hatte 1916 mit einer Gruppe von englischen, französischen und tschechischen Intellektuellen die Wochenzeitschrift *The New Europe* gegründet.⁸ Ziel

»DER MITTELEUROPÄISCHE WIRTSCHAFTSVEREIN LÄSST SICH ALS KEIMZELLE DER HEUTIGEN EUROPÄISCHEN UNION UNTER DEUTSCHER FÜHRUNG BEZEICHNEN.«

Mitarbeiter von Kanzler Bethmann Hollweg, Gerhard von Mutius, vertrat die Auffassung, eine »mitteleuropäische Zollunion« müsse geschaffen werden, weil das Deutsche Reich ohne den Aufbau eines »mitteleuropäischen Blocks« von England, den USA oder von Russland abhängig werde und seine Stellung als unabhängige Macht nicht mehr behaupten könne. Mutius erklärte das »Mitteleuropa«-Projekt im Mai 1915 zur »kulturellen Mission« des Deutschen Reiches und Südosteuropa zum »kulturellen Kolonialland vor unseren Toren.«⁶ Popularisiert wurde der Plan einer »mitteleuropäischen Zollunion« 1915 als Hauptziel des Krieges in dem Buch *Mitteleuropa*, das während des Ersten Weltkrieges zum deutschen Bestseller wurde. Sein Autor war Friedrich Naumann, der Urvater der FDP.

Mit dem Knebelvertrag von Brest-Litowsk wurde, wie angestrebt, die Herrschaft Russlands über die »nicht-russischen Vasallenvölker« in Osteuropa gebrochen. Der Abschluss des Vertrags erfolgte am 3. März 1918. Um einen erneuten Angriff des Deutschen Reiches auszuschließen, verzichtete die sowjetische Regierung auf den Anspruch

der Herausgeber war die Förderung der Emanzipation der Bevölkerung Osteuropas von der deutschen Hegemonie. Dies müsse die Antwort der deutschen Kriegsgegner auf »Mitteleuropa« und »Berlin-Bagdad« sein.⁹

Großraumwirtschaft

Die deutsche Politik reagierte auf die neuen Grenzziehungen und den Verlust ihrer Hegemonie in Osteuropa mit einer groß angelegten heimlichen Finanzierung der dort lebenden deutschen Minderheiten, um mit ihrer Unterstützung die neuen Staaten langfristig zu unterminieren und unter Berufung auf das »Selbstbestimmungsrecht der Völker« wieder aufzulösen. Ein weiteres Ziel der Weimarer Republik war die Torpedierung aller multilateralen Handelsbündnisse zentral- und osteuropäischer Staaten ohne deutsche Beteiligung. Die Auseinandersetzung zwischen den osteuropäischen Vertretern einer Donauföderation ohne deutsche Beteiligung und den deutschen »Mitteleuropa«-Verfechtern wurde seit Mitte der zwanziger Jahre

⁴ Zit. nach Große Politik, Bd.39, Nr. 15560.

⁵ Zit. nach Weltherrschaft im Visier. Dokumente zu den Europa- und Weltherrschaftsplänen des deutschen Imperialismus von der Jahrhundertwende bis Mai 1945, Dok. 26, S. 86f., hrsg. und eingel. von Wolfgang Schumann und Ludwig Nestler, Berlin 1975.

⁶ Bundesarchiv Berlin, Reichskanzlei, Mitteleuropäischer Wirtschaftsverband, Bd. 3, Nr. 405, Mutius an Delbrück, 2.5.1915, streng geh.

⁷ Vgl. Andrej Mitrovic, Kontinuität und Diskontinuität in der deutschen Südosteuropapolitik 1914-1941, in: Balcanica. Annuaire de l'Institut des Etudes Balkaniques, Bd. 8, Belgrad 1977.

⁸ Henry Cord Meyer, Mitteleuropa in German Thought and Action, The Hague 1955, 4 u. 215; Thomas G. Masaryk, Das Neue Europa. Der slawische Standpunkt (Englische Originalausgabe Oktober 1918, deutsche Erstausgabe 1922), Nachdruck der deutschen Erstausgabe Osnabrück 1976.

⁹ Vgl. Henry Cord Meyer, Drang nach Osten. Fortunes of a Slogan Concept in German-Slavic Relations 1849-1990, Bern u.a. 1996, 117.

besonders auf den Mitteleuropäischen Wirtschaftstagen (MWT) ausgetragen. Die erste dieser Tagungen fand im September 1925 in Wien statt. Freihändlerische Kreise aus Österreich, Ungarn, der Tschechoslowakei, Großbritannien, Frankreich und dem Deutschen Reich schlossen sich dort mit dem Ziel zusammen, durch den Abbau von Handels- und Verkehrshemmnissen den Wirtschaftsaustausch in Zentral-, Ost- und Südosteuropa zu fördern. Die beiden Initiatoren, der Wiener Großkauf-

nisse zunichte zu machen. Da die USA, Frankreich und Großbritannien zu diesem Zeitpunkt ein viel zu geringes Interesse am Handel mit Osteuropa zeigten, konnte die deutsche Politik die dortigen Staaten von nun an durch sogenannte Clearingverträge langfristig an sich zu binden und so die Basis ihrer Weltmacht- und Weltkriegspläne legen. Die ab 1932 abgeschlossenen Clearingverträge sahen de facto den bargeldlosen Austausch osteuropäischer Agrarprodukte gegen deutsche Industrie- bzw. Fertig-

»DIE DEUTSCHEN ZIELE IM ERSTEN WELTKRIEG HINSICHTLICH OSTEUROPAS SIND ERREICHT.«

mann Julius Meinl und der ungarische Nationalökonom und ehemalige Staatssekretär Hantos, strebten eine Freihandelszone an, die als ausgedehntes Wirtschaftsgebiet die wirtschaftlich aufeinander angewiesenen Donaustaaten umfassen sollte. Als Mittel des Zusammenschlusses waren Zoll-, Verkehrs- und Währungsbindnisse vorgesehen.

Bereits auf der ersten Tagung traten die unterschiedlichen Vorstellungen offen zutage. Während die Mehrheit der osteuropäischen Delegierten eine Donauföderation ohne Teilnahme des Deutschen Reiches befürwortete, wandten sich die deutschen Vertreter entschieden gegen dieses Vorhaben. Im Entwurf der Tagung hatte der Mitinitiator Hantos für ein ausschließlich die Nachfolgestaaten des Habsburger Reichs umfassendes Zollbündnis plädiert. Auf Veranlassung der deutschen Delegation wurde dieser Passus gestrichen und stattdessen das Deutsche Reich als integrierender Bestandteil »Mitteleuropas« genannt.¹⁰

Infolge der Weltwirtschaftskrise, die die osteuropäischen Agrarländer besonders hart traf, gelang es der deutschen Delegation 1931 endgültig, die Führung in der jetzt unter dem Titel »Mitteleuropäischer Wirtschaftstag« (MWT) fungierenden Organisation zu übernehmen. Ihre Zentrale wurde ab 1933 zum Think Tank für die nationalsozialistische Osteuropapolitik. Führend in ihr vertreten war der IG-Farben-Konzern. Schon 1932 unterbreitete die Deutsche Gruppe des MWT gemeinsam mit der Reichswehr und dem Auswärtigen Amt den Vorschlag zur Aufspaltung Jugoslawiens durch großzügige Finanzierung kroatischer Faschisten.¹¹

Ebenso nicht erst in der NS-Zeit, sondern bereits Ende der zwanziger Jahre wurde das Konzept einer deutschen Großraumwirtschaft mit Hauptausrichtung nach Osteuropa entwickelt. Maßgeblich daran beteiligt waren wiederum Mitglieder der Deutschen Gruppe des MWT. Einer von ihnen, Erich Koch-Weser fasste die Ziele des Konzepts folgendermaßen zusammen: 1. Anschluss Österreichs und eine Korrektur der Ostgrenzen, 2. die Verwirklichung von Naumanns »Mitteleuropa«, 3. Ost- und Südosteuropa als »deutscher Lebensraum« und 4. ein offensives Hochspielen der Frage des Auslandsdeutschtums.¹²

Griff zur Weltmacht

1932 gelang es der deutschen Diplomatie endgültig, alle internationalen Vorschläge zu einer multilateralen Lösung für die Verschuldung der osteuropäischen Staaten und ihre Bestrebungen für einen Agrarblock zum gemeinschaftlichen Export ihrer landwirtschaftlichen Erzeug-

produkte zu von Berlin diktierten Bedingungen vor. Da das Deutsche Reich seine Lieferzusagen jedoch bis 1945 kaum erfüllte, finanzierten die Länder Osteuropas die deutsche Kriegsökonomie quasi auf Pump. Die Clearingverträge ermöglichten es der deutschen Politik auch, maßgeblich Einfluss auf die Planung und Umstrukturierung der Ökonomie in Osteuropa zu nehmen. Konzepte der IG-Farben, mit deren Realisierung in den dreißiger Jahren begonnen wurde, sahen z. B. die Umwandlung der Landwirtschaft Jugoslawiens, Bulgariens und Rumäniens zu Monokulturen von Ölsaaten, Textilpflanzen und Futtermitteln wie Hanf, Flachs und Baumwolle für die deutsche Ökonomie vor. In diesen Papieren war die Rede von Millionen »überflüssiger Esser« in Osteuropa, für die es in der deutschen Großraumwirtschaft als Arbeitskräfte keine Verwendung gäbe.¹³

Die Agrarprodukte und Rohstoffe der kleinen Staaten Osteuropas bildeten in der Kriegsökonomie ein unerlässliches Reservoir für die Versorgung der deutschen Bevölkerung, Industrie und Wehrmacht. Dieses sine qua non führte sogar zur Verzögerung des deutschen Krieges gegen die Sowjetunion. Denn während die Tschechoslowakei bereits Anfang 1939 zerschlagen und unterworfen war, Polen im Herbst 1939 überfallen wurde und sich die Regierungen Bulgariens und Rumäniens 1940 »freiwillig« unter das deutsche Diktat stellten, putschte die jugoslawische Bevölkerung im April 1941 erfolgreich gegen eine deutschfreundliche Regierung, die gerade den Dreimächtepakt unterzeichnet hatte. Da nun u.a. die Zufuhr der für die deutsche Armee notwendigen Rohstoffe Blei, Zink und Kupfer aus Serbien und dem Kosovo gefährdet war, verschob die deutsche Armeeführung den schon für Frühjahr 1941 terminierten Angriff auf die Sowjetunion. Stattdessen bombardierten die Deutschen zunächst Belgrad und zerschlugen Jugoslawien in mehrere Vasallenstaaten.

Die Kapitulation am 8. Mai 1945 und die Gründung des Ostblocks und der Föderalistischen Sozialistischen Republik Jugoslawien beendeten vorerst die völlige Einverleibung Osteuropas in die deutsche Großraumwirtschaft.

Neuer deutscher Griff nach Osteuropa?

Doch mit dem Fall der Mauer, der Auflösung der Sowjetunion und der Tschechoslowakei und der von Deutschland beförderten kriegerischen Zerspaltung Jugoslawiens in diverse Kleinstaaten boten und bieten sich der Berliner Republik neue Chancen, an alte Pläne anzuknüpfen. So erklärte der damalige Außenminister Kinkel am 19. März

ANMERKUNGEN

¹⁰ Bundesarchiv Berlin. Auswärtiges Amt (AA) 42995, Bl. 229ff u. AA 43000, Bl. 89f.

¹¹ Alfred Sohn-Rethel, Industrie und Nationalsozialismus, Berlin 1992, 68f.

¹² Erich Koch-Weser, Deutschlands Außenpolitik in der Nachkriegszeit, 6. Beiheft zur Zeitschrift für Geopolitik, Berlin 1929, 119.

¹³ Hans-Jürgen Seraphim, Die Eingliederung der Landwirtschaft des Donau- und Schwarzmeerraumes in die werdende kontinentaleuropäische Wirtschaftsgemeinschaft, in: *Donauropa. Zeitschrift für die Probleme des europäischen Südostens*, Budapest, Heft 6/1942, 102; Götz Aly/Susanne Heim, Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine europäische Ordnung, Hamburg 1991, 342ff.

1993 in der *FAZ*, es gelte nun »zu vollbringen, woran wir zweimal zuvor gescheitert sind: im Einklang mit unseren Nachbarn zu einer Rolle zu finden, die unseren Wünschen und unserem Potential entspricht. [...] Wir sind aufgrund unserer Mittellage, unserer Größe und unserer traditionellen Beziehungen zu Mittel- und Osteuropa dazu prädestiniert, den Hauptvorteil aus der Rückkehr dieser Staaten nach Europa zu ziehen.« Mit welchen Mitteln er diesen »Einklang« herstellen wollte, führte er nicht aus. Dafür sprang ihm sein damaliger Kabinettskollege, der heutige Innenminister Schäuble, 1996 als Co-Autor eines »Kerneuropa-Papiers« zur Seite, in dem er unverhohlen drohte. Wenn die »europäischen Partner« nicht auf die von seiner Regierung vorgeschlagenen Reformen zur EU-Osterweiterung eingingen, die sich vor allem auf die Sicherung einer deutschen Mehrheit bei Abstimmungen bezogen, »könnte Deutschland aufgefordert werden oder aus eigenen Sicherheitsinteressen versucht sein, die Stabilisierung des östlichen Europa alleine und in der traditionellen Weise zu bewerkstelligen.«¹⁴ Diese Tradition begann 1871 und endete 1945. Doch kann von einem Anknüpfen an deutsche Pläne in Sachen Osteuropa heute überhaupt gesprochen werden? Hat diese Region aktuell für Deutschland noch eine ähnliche Bedeutung wie in der Zeit vom Kaiserreich bis zum Nationalsozialismus? Es wäre sicher falsch, von einer gradlinigen Fortführung alter Konzepte und Politikformen zu sprechen. Die Bagdadbahn über Belgrad und Sofia hat im Zeitalter des Flugverkehrs und der Containerschiffe sicher nicht mehr die Bedeutung für den deutschen Im- und Export wie um 1900, auch weil mit einer Seeblockade der Alliierten wie zur Zeit der beiden Weltkriege im Augenblick nicht zu rechnen ist. Die deutschen Minderheiten in Osteuropa haben nach ihrem Transfer aus Polen und der Tschechoslowakei infolge des Potsdamer Abkommens und ihrer mehrheitlichen Übersiedlung aus Jugoslawien und Rumänien ihre Rolle als politisches Druckmittel weitgehend verloren, auch wenn hin und wieder darauf zurückgegriffen wird. Die Rohstoffe der kleinen osteuropäischen Staaten sind aufgrund des für den deutschen Handel heute in aller Welt möglichen Zugriffs und des Fortschritts der synthetischen Erzeugung nicht mehr so relevant wie bis 1945, auch wenn Thyssen-Krupp sich zur Zeit noch einen Übernahmekampf mit ausländischen Konzernen um die Blei- und Zinkminen von Trepca, dem Filetstück des Kosovo, liefert.¹⁵ Ebenso wenig ist heute noch die Rede von deutscher Großraumwirtschaft und ihrem Ergänzungsraum Osteuropa oder von einem Mitteleuropäischen Zollverein. Doch halt: Zwar mögen sich die Vokabeln geändert haben, aber ist es angesichts der EU-Osterweiterung und der Expansion der deutschen Wirtschaft nach 1989 nicht legitim, von einer Renaissance deutscher Hegemoniebestrebungen zu sprechen? Betrachtet man die aktuellen Machtverhältnisse in der EU, so lässt sich feststellen: Der Kernpunkt des Kriegszielprogramms des deutschen Kanzlers von 1914 ist realisiert: »Es ist zu erreichen die Gründung eines mitteleuropäischen Wirtschaftsverbandes [...] Dieser Verband, wohl ohne gemeinsame konstitutionelle Spitze unter äußerlicher Gleichberechtigung seiner Mitglieder, aber tatsächlich unter deutscher Führung, muß die wirtschaftliche Vorherrschaft Deutschlands über Mitteleuropa stabilisieren.« Es gibt nur eine Einschränkung: Dieses »Mitteleuropa« reicht heute noch nicht, wie in

den Großmachtphantasien von 1914, bis Istanbul und Bagdad. Doch die deutschen Ziele im Ersten Weltkrieg hinsichtlich Osteuropas sind erreicht. Die Kleinstaaten Osteuropa gruppieren sich fast zwangsläufig um die mehr oder minder »stille Führung« Deutschlands. Die Zahlen sprechen für sich: Deutschland ist heute wieder wichtigster »Handelspartner« Polens, Tschechiens, der Slowakei und Ungarns sowie der Staaten nördlich (Slowenien) und südlich (Griechenland) des »balkanischen Krisengebiets«. Auch Mazedonien und Bulgarien verzeichnen Deutschland an erster Stelle in ihrer Außenhandelsstatistik. Noch auf Platz zwei liegen deutsche Unternehmen in Rumänien und Kroatien (hinter Italien) und in Serbien, wo Russland noch die Nase vorne hat. Die westeuropäischen Konkurrenten Frankreich und Großbritannien liegen fast überall weit abgeschlagen zurück. Auch bei den Investitionen sind deutsche Firmen vorne: Fast 25 Prozent der gesamten ausländischen Direktinvestitionen in Osteuropa kommen aus Deutschland, Umweginvestitionen sind dabei noch gar nicht eingerechnet. Beispielsweise bedient sich Siemens für Investitionen in Kroatien häufig seiner Wiener Außenstelle. Dies erscheint auf dem Papier nicht als deutsche, sondern als österreichische Investition.¹⁶

Nach der Auflösung der realsozialistischen Staatsbetriebe und der damit einhergehenden De-Industrialisierung findet die deutsche Industrie lukrative Absatzmärkte in Osteuropa. So weist z.B. die deutsche Autoindustrie nach der Übernahme von Skoda in Tschechien und nach der mit der Bombardierung Serbiens 1999 erfolgten Liquidierung des jugoslawischen Autoherstellers Zastava in Osteuropa enorme Zuwächse aus. Gleichzeitig werden osteuropäische Produktionsstätten aufgrund der billigen Arbeitskräfte mehr und mehr zu verlängerten Werkbänken deutscher Unternehmen.

Das, wovon deutsche Publizisten, Politiker und Unternehmer von 1871–1945 träumten, an dessen umfassender Verwirklichung die deutsche Armee in zwei Weltkriegen nicht zuletzt jeweils aufgrund des Kriegseintritts der USA scheiterte, ist heute nahezu verwirklicht: Osteuropa ist »Ergänzungsraum« der deutschen Wirtschaft, halbkolonialer Hinterhof und Informal Empire. Zwar dürfen die Franzosen noch ein wenig mitreden, doch ist man in Paris leider mehr an den alten afrikanischen und asiatischen Kolonien als an Osteuropa interessiert. Die osteuropäischen Regierungen spüren diese fatale wachsende Abhängigkeit von Deutschland. Sie werden wahrscheinlich immer wieder kurz dagegen aufbegehren, wie im Juni Polen beim EU-Gipfel. Da sie aber weitgehend allein stehen, bleiben es leider vergebliche Versuche. So versuchen sie sich ein wenig durch Militärbündnisse mit den USA davon zu lösen und sich vor möglichen Kriegen gegen Russland und Deutschland zu wappnen. Doch da der Berliner Republik mit kapitalistischen Mitteln und einer Scheckbuch- Erpressungspolitik gleichsam in den Schoß fällt, was sie in zwei Weltkriegen nicht erreichte, schluckt sie auch diesen kleinen Wermutstropfen. Die Zeit spielt ohnehin für sie.

KLAUS THÖRNER

Vom Autor erscheint demnächst beim Freiburger Ça Ira-Verlag *Der ganze Südosten ist unser Hinterland. Deutsche Südosteuropapläne von 1840 bis 1945.*

ANMERKUNGEN

¹⁴ Zit. nach *Junge Welt*, 29. März 1996.

¹⁵ Hannes Hofbauer, *Wem gehört das Kosovo?*, in: *konkret* 3/2007, 31.

¹⁶ Jörg Kronauer, »Fast alles verkauft«, in: *konkret* 9/2006, 34.